

Tempo 30 – europaweit!

Antrag für die Landesmitgliederversammlung

Die Anzahl der Verkehrstoten ist in Bremen und Bremerhaven immer noch viel zu hoch. Es ist zu begrüßen, dass die Bremische Bürgerschaft den Senat gebeten hat in einem „integrierten Konzept Verkehrssicherheit“ klare Senkungsziele zu formulieren und diese mit einem konkreten Maßnahmenkatalog möglichst zu erreichen.

Die Absenkung der Geschwindigkeit in Städten ist dafür eine besonders wirksame Maßnahme. In einer Entschließung des Europäischen Parlaments vom 27. September 2011 zur europäischen Straßenverkehrssicherheit 2011-2020 empfiehlt es „den zuständigen Behörden nachdrücklich, in Wohngebieten und auf allen einspurigen Straßen in Stadtgebieten, die keine getrennte Fahrbahn für Radfahrer haben, zum besseren Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer generell eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h vorzuschreiben“.

30 km/h reduziert die Zahl und die Schwere von Verkehrsunfällen, denn das Blickfeld der AutofahrerInnen ist größer und der Bremsweg ist halb so lang. Überlebenschancen beim Zusammenprall Mensch und Auto gibt es bei 60 km/h eigentlich nicht mehr, bei 30 km/h betragen sie 70 Prozent. Tempo 30 innerorts reduziert den Lärm um fast 3 Dezibel (dbA). Das ist nur etwas weniger als eine Halbierung des wahrgenommenen Lärms. Tempo 30 reduziert nachweislich auch Schadstoffemissionen. Durch einen besseren Verkehrsfluss wird sogar weniger Treibstoff verbraucht.

Noch etwas weiter als das Europäische Parlament geht eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) für 30 km/h als reguläre Höchstgeschwindigkeit innerorts. Seit April 2012 haben Bürgerinnen und Bürger der EU das Recht, ein Anliegen zur Gesetzgebung direkt auf dem Schreibtisch der EU-Kommission zu platzieren. Eine Million Zeichner im EU-Raum bedarf es dabei für Tempo 30. Kommunen dürften über Ausnahmen selbst entscheiden. Auf Hauptverkehrsstraßen und den Routen der Wirtschaftsverkehre könnte dann Tempo 50 angeordnet werden. In Spielstraßen könnte man aber durchaus auch weniger als Tempo 30 km/h beschließen.

1. Die Landesmitgliederversammlung fordert im Sinne der nachdrücklichen Empfehlung des EU-Parlaments die Einrichtung von Tempo 30 in Wohngebieten und allen einspurigen Straßen (je Richtung) in Bremen und Bremerhaven, die keine getrennte oder eine ungenügende Radspur (hinsichtlich Mindestmaßen und Zustands) besitzen.
2. Die Landesmitgliederversammlung unterstützt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) für 30 km/h als reguläre Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften, von der Kommunen Ausnahmen nach oben oder unten veranlassen können. Der Landesvorstand wird gebeten, dies Anliegen mit geeigneten Initiativen zu fördern.

Ralph Saxe, Anne Schierenbeck, Ingo Franssen, Ralf Bohr, Jan Saffe, Marie Hoppe, Ulf Eversberg, Maike Schaefer, Carsten Werner

Der Text des bei der EU-Kommission eingereichten Textes der EBI lautet wie folgt:

„Vorgeschlagenes Thema

Wir schlagen ein EU-weites reguläres Tempolimit von 30 km/h (20mph) für städtische Gebiete/Wohngebiete vor. Lokale Autoritäten können andere Tempolimits festsetzen, wenn sie nachweisen können, wie die Umwelt- und Sicherheitserfordernisse für die schwächsten Straßen-Verkehrsteilnehmerinnen erfüllt werden.

Beschreibung der Ziele, für die die Kommission tätig werden soll

Die EU hat klare Ziele für die Verkehrssicherheit und die Umwelt, aber diese werden noch nicht erfüllt. Ein 30km/h (20mph) – Tempolimit als Standard würde helfen, die Ziele effizienter zu erreichen, weil es sich als erfolgreich darin erwiesen hat, Todesfälle und Verletzungen, Lärm, Luftverschmutzung und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und den Verkehrsfluss zu verbessern. Die Menschen können angstfreier unterwegs sein. Umweltfreundliche Verkehrsarten werden attraktiver. Um den Subsidiaritätsprinzip zu entsprechen, müssen die Kommunen die letzte Entscheidung haben, um andere Tempolimits auf ihren Straßen zu setzen und die Ziele mit alternativen Maßnahmen zu erreichen.“